

THOMAS FALKNER

Herausforderungen für sozialistische Politik

»Es reicht!« – so plakatierte die PDS im Europa-Wahlkampf und forderte »eine bessere Politik«. »Eine andere Welt ist möglich« – der Ruf der Globalisierungsgegner schallt mittlerweile seit Jahren tapfer von hier nach da, mal lauter, mal leiser. Gleichwohl bleibt die Hegemonie jener, die der »schlechten« Politik geziehen werden, ungebrochen – ungeachtet aller Wahlniederlagen oder gar –desaster für jene unter ihnen, die die »schlechte« Politik gerade in der Regierungsverantwortung umsetzen.

Sozialistische Politik ist nicht an sich die bessere Politik, sondern nur dann, wenn sie tatsächlich einen politischen Akteur hat, der für Zeit, Raum und Ort, wo er sich befindet, aktuelle Entscheidungsoptionen entwickelt – Entscheidungsoptionen, die einen gerechten Zugriff aller auf die Lebensquellen der Gesellschaft ermöglichen, die auf soziale und demokratische Integration statt auf Ausgrenzung zielen und die auf der Einsicht beruhen, dass konkrete Machtverhältnisse zeitlich bedingt und damit wandelbar sind. Eine so vorstandene und konzipierte sozialistische Politik kann zu einem kreativen und treibenden Kern der demokratischen Linken auch in Deutschland werden.

Auch die Option einer »anderen Welt« ist keine unmittelbar wirkungsmächtige Alternative. Die Idee der »anderen Welt«, des »neuen Jerusalem«, des »neuen Himmels und der neuen Erde« muss *diessseits-fähig* sein – diese Grunderrungenschaft jener großen geistigen Revolution, mit der geschichtlich die Neuzeit begann (und auf deren Grundlage auch der Sozialismus erst politisch denkbar wurde), hat auch heute – zweihundert Jahre mit Krisen, Kriegen und Zusammenbrüchen später – noch Bestand. Jede wirkliche Alternative also muss sich auf die tatsächliche, die gegenwärtige Welt samt ihren Grenzen hin definieren und aus ihr heraus legitimieren – und zwar in *Ziel und Weg*. Erst so wird auch sozialistische Programmatik strategie- und politikfähig. Erst so – und nicht moralisierend auf »Gut« und »Böse« hin entfaltet – gewinnt die Forderung nach einer »besseren« Politik Sinn und Inhalt.

Was bedeutet das für demokratische Sozialistinnen und Sozialisten in Deutschland?

I.

Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands wird in der näheren Zukunft von den Herausforderungen geprägt sein, die sich kurz- und mittelfristig aus der Wachstums- und Strukturkrise der zurück lie-

Thomas Falkner – Jg. 1957; Dr. rer. pol.; Journalist und Publizist; Autor verschiedener Bücher über die Entwicklung der PDS und Aufsätze zur politischen Strategie der PDS. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Politik als Chance, Heft 153/154 (Juli/August 2003).

genden Jahre sowie aus der zunehmenden weltwirtschaftlichen Verflechtung ergeben.

Einerseits wird eine schwache und fragile, durch die fortschreitende Erholung der Weltwirtschaft jedoch gestützte wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung mit einem Wachstum um die 1,5 Prozent (unter dem Durchschnitt des Euro-Raumes) erwartet. Mit Blick auf die gewaltigen Herausforderungen, vor denen die deutsche Volkswirtschaft am Arbeitsmarkt, bei den Staatsfinanzen und in den sozialen Sicherungssystemen steht, gilt ein reales Wirtschaftswachstum von rund 1,5 Prozent allgemein als deutlich zu niedrig.

Während das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland von 1992 bis 2003 insgesamt um 13,6 Prozent wuchs (durchschnittlich 1,2 Prozent pro Jahr), konnten die anderen 14 EU-Staaten im selben Zeitraum ihre gesamtwirtschaftliche Leistung um rund 27 Prozent (2,2 Prozent pro Jahr) steigern. Dies wird insbesondere mit den Belastungen durch die deutsche Einheit in Verbindung gebracht, weist aber auch auf strukturelle Defizite hin. Zwar zählt Deutschland nach wie vor zu den leistungsstärksten Industriestaaten weltweit, es gerät jedoch ins Hintertreffen auf dem Markt für internationale Dienstleistungen sowie bei modernen Bürogeräten, Telecom-Produkten und anderen IT-Komponenten.

Deutlich abgehängt entwickelt sich Ostdeutschland. Das BIP pro Kopf beträgt nur 60 Prozent des Westens. Seit 1998 wächst die ostdeutsche Wirtschaft langsamer als die im Westen; die Arbeitslosenquote lag 2002 um 107 Prozent-Punkte höher als im Westen; 1995 betrug die Differenz »nur« 6 Prozent. Zugleich treten Differenzierungen hervor: Einem massiven Zusammenbruch der Bauwirtschaft stehen teils zweistellige Wachstumsraten bei der – allerdings erheblich reduzierten – ostdeutschen Industrie gegenüber. Regional bilden sich »Wachstumscluster« wie Dresden, Leipzig, Chemnitz, Halle, Erfurt oder Jena. Aber auch sie liegen im Niveau noch unter den schwächeren westdeutschen Regionen; Ausstrahlungseffekte auf Nachbarregionen bleiben bislang aus.

Weltwirtschaftlich wird die Lage in den vor uns liegenden Jahren vom Vollzug der EU-Erweiterung und einer insgesamt fortschreitenden internationalen Arbeitsteilung geprägt sein. Insbesondere die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Deutschland und den mittel- und osteuropäischen Staaten sind jetzt schon äußerst eng; der Warenaustausch mit Mittel- und Osteuropa insgesamt ist mittlerweile annähernd so groß wie mit den USA. Die hohen Importe weisen dabei auf ein bereits vor der EU-Erweiterung hohes Maß an Ausgliederungen von Produktion – und damit Arbeitsplätzen – nach Mittel- und Osteuropa hin.

Die Arbeitslosigkeit wird weiter – Schwankungen eingerechnet – auf einem hohen Niveau verharren. Politisch standen in den letzten Jahren einerseits Bemühungen im Zentrum, Arbeit zu verbilligen (insbesondere durch Rückbau sozialer Leistungen zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger), andererseits wurde über die Hartz-Reformen der Druck auf die Arbeitslosen verstärkt, auch unter ihrem bisherigen beruflichen und sozialen Niveau neue Jobs aufzunehmen bzw. das Risiko einer Selbständigkeit auf sich zu nehmen. Beides hat nicht und kann auch weiterhin nicht zu signifikanten Rückgängen

der Arbeitslosigkeit führen. Weder wird Deutschland in den Arbeitskosten jemals mit Mittel- und Osteuropa oder anderen Teilen der Welt konkurrieren können – noch bestehen hinreichend konjunkturelle, finanzielle und mentale Voraussetzungen für eine schlagartige Überwindung der spezifisch deutschen Scheu vor Selbständigkeit und Unternehmensgründung.

Der Diskurs über die Arbeitslosigkeit ist zudem gespalten und vielfach überlagert. Das wird zunächst daran ersichtlich, dass die Arbeitslosen und auf andere Weise sozial Marginalisierten keine eigenständige Rolle in diesem Diskurs spielen.

Ihr Problem besteht nicht allein darin, dass sie kaum organisiert und kaum organisierbar sind. Ihr Problem beginnt damit, dass sie nicht als Individuen mit Gesicht und Schicksal, sondern über ihre große Zahl als Symbol für die Größe der Gefahr wahrgenommen werden, selbst arbeitslos zu werden und ggf. zu bleiben. Das faktisch verhandelte Thema lautet also: Arbeitslosigkeit; es lautet nicht: die Arbeitslosen. Wird über die Reduzierung der Arbeitslosigkeit geredet, soll vor allem den noch Beschäftigten die Angst genommen werden – angenehmer Nebeneffekt ist die Tatsache, dass Menschen wieder in Lohn und Brot kommen.

Spiegelbildlich stellt sich die Lage für die Arbeitslosen selbst dar: Ihre Interessen können sich naturgemäß nicht in erster Linie auf die Ausgestaltung ihres Zustandes, sondern müssen sich auf die Überwindung ihrer Lage richten – also insbesondere darauf, wieder in Arbeit zu kommen. Einerseits gelingt dies nach wie vor dem größeren Teil der von Arbeitslosigkeit Betroffenen, andererseits haben für die Frage nach Arbeitsmarktchancen die dortigen Akteure (Wirtschaft, Gewerkschaften, Politik) die Deutungsmacht – und nicht die zeitweise oder ganz heraus Gedrängten. Die Frage nach neuen (Binnen-) Märkten und neuen Jobs, aber auch nach neuen Märkten, die durch Existenzgründungen (mit) erschlossen werden könnten, ist in Deutschland aus vielerlei, hier nicht im Einzelnen abzuarbeitenden Gründen blockiert. Alles in allem kommen die Arbeitslosen somit in eine Lage, in der sie sich dem zunehmenden Widerwillen von Unternehmen und Arbeitsplatzbesitzern gegenüber den Sozialkosten beugen und – für den größeren Teil von ihnen zeitweilige – Verschlechterungen der Alimentierung sowie die Zunahme des Drucks, einen beliebigen neuen Job anzunehmen, hinnehmen müssen. Die Notwendigkeit, die Ausgestaltung der eigenen sozialen Lage ins Zentrum zu rücken, ergibt sich hingegen um so schärfer für den Kern der Arbeitslosen – die Langzeitarbeitslosen und die Sozialhilfeempfänger. Sie allerdings sind eben kaum politisch vertreten – und wer sie (wie die PDS) als politische Kraft vertritt, muss ebenfalls erst durch die Diskursfalle hindurch.

Wir sind mit diesem Komplex in einem Kernbereich der Frage nach der sozialen Gerechtigkeit angekommen. Sie umfasst den Bereich der Arbeitsmarktchancen, den Anteil am Volkseinkommen und die Verteilung der Kosten für den Sozialstaat. Die sozialstaatlichen Leistungen sind in diesem Kontext den Arbeitsmarktchancen untergeordnet – die Hauptbetroffenen der von den beiden sozialen Hauptgruppen und der Politik letztlich einvernehmlich und augenzwinkernd hingegenommenen bzw. veranlassten Leistungskürzungen erscheinen

als begrenzte Interessengruppe, die noch dazu schlecht organisiert und vertreten wird. Die Vertretungslücke kann politisch nicht aus der Perspektive eines Interessenverbandes, sondern nur im Kontext der Gesamtabwägung geschlossen werden.

Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stehen vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Herausforderungen im weitesten Sinne aktuell vor einer Reihe grundsätzlicher Entscheidungsfragen:

- Liegt die Lösung im Bruch mit dem oder in der Wiederbelebung und Anpassung des spezifischen deutschen Wirtschaftsmodells?

- Soll der Osten Deutschlands abgeschrieben und als Appendix der Mehrheitsgesellschaft West, ihres Wirtschafts- und Sozialorganismus weiter geführt oder soll ein Neuanatz für eine umfassende, tatsächliche Integration entwickelt werden?

- Wie viel Ausgliederung nach Mittel- und Osteuropa sowie in andere Teile der Welt verträgt die deutsche »Innovationsmaschine«? Braucht eine globalisierte deutsche Wirtschaft noch ein Standbein in Deutschland selbst – und welche Schlussfolgerungen ergeben sich daraus?

II.

Am Zustandekommen der wirtschaftlichen Leistungen und an deren – direkten wie indirekten – Ergebnissen sind die Bürgerinnen und Bürger des Landes sehr unterschiedlich beteiligt.

Auf der Ebene der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung liegen die Arbeitnehmerentgelte einerseits sowie die Unternehmens- und Vermögenseinkommen andererseits mit Anteilen von 70,5 Prozent bzw. 29,5 Prozent am Volkseinkommen (Stand: 2003) einerseits im langjährigen, für die Bundesrepublik typischen Rahmen. Die Lohnquote war sogar gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen, die Unternehmens- und Vermögenseinkommen im Gegenzug gesunken. (Diese Relationen sind seit 1985 etwa gleich; zuvor, zum Ende der sozial-liberalen Koalition, lag die Lohnquote bei knapp 76 Prozent – bei allerdings geringerem absoluten Umfang, der sich zudem auf eine höhere Zahl von Erwerbstätigen verteilte.)

Andererseits sind neue Trends unübersehbar: Die Bruttolöhne und -gehälter – und die Nettolöhne und -gehälter noch stärker – sind erstmals seit 1997 im Vorjahresvergleich wieder gesunken; zuvor lagen bereits die jährlichen Zuwächse unter dem jeweiligen Vorjahresniveau. Darin spiegeln sich zunächst eine Reihe von Problemen und Veränderungen in der Wirtschaft wider:

- Die vereinbarten Tariflohnsteigerungen von im Durchschnitt rund 2,5 Prozent kamen vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Probleme in den Betrieben offenkundig nicht zum Tragen; übertarifliche Leistungen und Sonderzahlungen wurden gekürzt bzw. ausgesetzt.

- Als weiterer Erklärungsansatz gilt, dass gut bezahlte Arbeitnehmer in den Ruhestand gehen oder entlassen werden, während die nachrückenden Arbeitnehmer niedriger entlohnt werden.

- Schließlich wächst seit 1999 deutlich der Anteil von Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten mit ihren sehr niedrigen Durchschnittsverdiensten.

Es gibt aber auch noch eine weitere Dimension: Trotz des Rückgangs bei den Bruttoeinkommen der abhängig Beschäftigten ist die

Lohnquote insgesamt größer geworden. Sie schließt neben den Bruttolöhnen und -gehältern auch die Sozialbeiträge ein. Und letztere sind 2003 insgesamt stärker als die Löhne und Gehälter gestiegen (Arbeitnehmerseite: 1,8 Prozent; Arbeitgeberseite: 1,6 Prozent) Der Anstieg der Sozialbeiträge – insbesondere der Beitragssätze und der Bemessungsgrenze – ist auch für den statistisch stärkeren Rückgang der Nettolöhne und -gehälter verantwortlich.¹

Das Phänomen lässt sich von verschiedenen Seiten beschreiben:

a) Die Reduzierung der Personalkosten, die die Unternehmenseite auf ganz unterschiedliche Art und Weise gegenüber den Beschäftigten durchgesetzt hatte, wurde durch die gestiegenen Sozialkosten wieder kompensiert.

b) Die Beschäftigten – sofern noch im Arbeitsverhältnis – mussten eine Verschiebung von direkten zu indirekten Entgelten hinnehmen, verbunden mit einem nominellen Einkommenszuwachs unter den vereinbarten Tarifsteigerungen und unter der Teuerungsrate, also anhaltend mit realen Verlusten.

Für beide Gruppen stellen sich somit die wachsenden Soziallasten als Belastung, als Einschränkung ihrer Spielräume dar. Zugleich geriet die Politik unter Druck, weil sie gegenüber beiden Seiten Erwartungen nicht erfüllen konnte: Weder erwies sie sich in der Lage, die Unternehmen im internationalen Wettbewerb besser zu stellen noch konnte sie für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die z. B. mit der Steuerreform in Aussicht gestellten Entlastungen tatsächlich wirksam machen.

Der Druck auf die Politik verstärkte sich noch, weil sie nicht über den Sozialkosten steht, sondern selbst mit für deren Aufkommen Sorge tragen muss – so durch die Bundeszuschüsse zur Gesetzlichen Rentenversicherung und zur Arbeitslosenversicherung.

So sind die Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung seit dem Amtsantritt der rot-grünen Bundesregierung von 49,2 Milliarden € (1998) auf 61,2 Milliarden € (Haushaltsansatz 2003) angestiegen – also um 12 Milliarden € auf 124,4 Prozent. Diese Summe setzt sich sowohl aus der Verantwortung des Bundes für versicherungsfremde Leistungen als auch aus einem Anteil zusammen, der seit 1998 der Stabilisierung der Beitragshöhe dient und im Wesentlichen in Abhängigkeit von der Bruttolohn- und -gehaltsumme bestimmt wird.

Bei der Bundesagentur für Arbeit beläuft sich der Bundeszuschuss für das Jahr 2003 auf 6,2 Milliarden € (nachdem im ursprünglichen Haushaltsansatz davon ausgegangen worden war, überhaupt keinen Zuschuss zu benötigen). Zu dem entsprechenden Defizit kam es einerseits, weil 700 000 versicherungspflichtig Beschäftigte weniger in die Arbeitslosenkasse eingezahlt hatten (entspricht rund 2 Milliarden €), andererseits waren nicht »nur« – wie von der Bundesregierung angenommen – 4,14 Millionen sondern rund 4,4 Millionen Arbeitslose zu verzeichnen, was zusätzliche Zahlungen in Höhe von rund 4,5 Milliarden € erforderlich machte.²

Beide Sozialversicherungszweige weisen starke und sich verstärkende Ost-West-Unterschiede auf. Schon für das Jahr 2000 stellte das DIW fest: »Hohen Überschüssen im Bereich der Bundesanstalt für Arbeit und der Rentenversicherungsträger in Westdeutschland stehen kräftige Defizite in Ostdeutschland gegenüber. Im Jahre 2000

1 Gleichwohl ist diese Entwicklung bei den einzelnen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht angekommen, denn die Nettoeinkommen sanken weniger stark als die Zahl der Beschäftigten, so dass sich für jene, die einen Arbeitsplatz hatten, sogar ein geringfügiger Zuwachs von knapp einem Prozent ergab.

2 hib-Meldung 249/2003; Stand: 12. 11. 2003.

3 Sozialversicherungshaushalt weiterhin mit Überschüssen. DIW-Wochenbericht 46/00, Bearbeiter: Volker Meinhardt.

4 Kostenexplosion im Gesundheitswesen? DIW-Wochenbericht 7/03; Bearbeiter: Volker Meinhardt, Erika Schulz.

5 Bericht (der Landesregierung) zu den Auswirkungen der demographischen und wirtschaftsstrukturellen Veränderungen in Brandenburg. Stand: Februar 2004. Landtag Brandenburg, Drucksache 3/7088. Siehe dazu auch den Beitrag von Wolfgang Weiß in diesem Heft.

wird der Westbereich der Bundesanstalt für Arbeit einen Überschuss von 23 Milliarden DM erzielen. Dieser Betrag wird verwendet, um das in den neuen Ländern anfallende Defizit von knapp 25 Milliarden DM zu decken. Im laufenden Jahr fällt auch bei der gesetzlichen Rentenversicherung im Westen ein beträchtlicher Überschuss an (15 Milliarden DM), in den neuen Ländern gibt es dagegen ein Defizit in fast der gleichen Höhe (12 Milliarden DM).³

Anders als bei der Renten- und der Arbeitslosenversicherung ist die Politik in der Krankenversicherung nicht durch Bundeszuschüsse beteiligt, wohl aber regulierend gefordert. Sowohl die Schröder- als auch schon die Kohl-Regierungen begründeten ihre jeweiligen Eingriffe mit einer »Kostenexplosion« im Gesundheitswesen. Eine DIW-Untersuchung von 2003 verdeutlicht jedoch, dass es seit dem signifikanten Ausgabenzuwachs in den ersten Jahren der sozial-liberalen Koalition (1970 bis 1975) in Westdeutschland nur einen äußerst moderaten Anstieg des Anteils der Leistungsausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung am Bruttoinlandsprodukt gegeben hat, nämlich von 5,7 Prozent im Jahre 1975 auf 6 Prozent im Jahre 1998; bei den Behandlungsausgaben gab es eine Steigerung von 4,7 Prozent auf 5,1 Prozent. »Werden allerdings die Gesundheitsausgaben der GKV nicht auf das BIP, sondern auf die Brutto-lohn- und -gehaltsumme (BLG) bezogen«, so das DIW, »dann ergibt sich ein Anstieg der Relation von 12,1 Prozent (1975) auf 14,2 Prozent (1998); dies entspricht einer prozentualen Steigerung um 17 Prozent. Für die GKV liegt also der Grund für den Anstieg der Beitragssätze in der zunehmenden Spreizung von BIP und BLG. Die Bemessungsgrundlage für die Beiträge, die Bruttolöhne und -gehälter, hält offensichtlich nicht Schritt mit der Entwicklung des BIP.« Eine ähnliche Entwicklung der Gesundheitsausgaben wie für das alte Bundesgebiet stellt das DIW auch für Gesamtdeutschland im Zeitraum 1992 bis 2000 fest.⁴

Die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland sind umlagefinanziert. Anzahl und Beitrag der Aktiven stehen dabei in einem direkten Zusammenhang mit Anzahl und Leistungshöhe der Empfänger. Das Verhältnis zwischen Aktiven und Leistungsempfängern aber ist in zweierlei Hinsicht gestört: einerseits durch die verfestigt hohe Arbeitslosigkeit, andererseits durch den demographischen Wandel. Dieser Wandel wird seit längerem als Hauptargument für Sozialabbau bemüht.

So strittig allerdings bestimmte Prognosen sein mögen – unbestreitbar sind die tief greifenden Einschnitte in der Bevölkerungsentwicklung von den beiden Weltkriegen über den »Pillen-« und in Ostdeutschland den »Wendeknick« bis hin zu den Geburtenverlusten im Osten durch Abwanderung und angesichts der sich seit Ende der 90er Jahre wieder verschärfenden wirtschaftlichen und sozialen Krise in Ostdeutschland.

Unbestreitbar ist auch die deutliche Geburtenzurückhaltung der Deutschen bis zum heutigen Tag. »Deutschland hat weltweit die höchste Zahl an Kinderlosen; insbesondere Gut- und Hochqualifizierte bleiben zunehmend ohne Nachwuchs.«⁵

Beides wird künftig unweigerlich als »demographisches Echo« in allen gesellschaftlichen Bereichen wieder erscheinen und Probleme

induzieren. Nicht das Ob, sondern bestenfalls das Wie, die Frage nach dem Ausmaß taugen als Gegenstand der Auseinandersetzung. Selbst wenn »ab sofort jede Frau jene 2,1 Kinder zur Welt brächte, die rechnerisch zum Erhalt einer Bevölkerung notwendig sind, würde sich die Einwohnerzahl erst im Jahr 2080 stabilisieren.«⁶ Selbst die als wesentlich kinderfreundlicher geltende französische Politik hat es jedoch nur geschafft, die Anzahl der Kinder pro Frau von 1,65 im Jahr 1993 auf 1,88 im Jahr 2000 zu steigern.⁷

Die Linke in Deutschland tut sich mit diesen Problemen seit Jahren besonders schwer. Einer ihrer Kronzeugen ist dabei Gerd Bosbach, Professor an der FHS Koblenz und von 1988 bis 1991 beim Statistischen Bundesamt tätig. Seine Auffassungen verdienen schon deswegen eine gründlichere Auseinandersetzung, als sie hier geleistet werden kann. Vor zwei gern verwendeten Thesen sei jedoch gewarnt:

Bosbach erklärt, nicht allein das Verhältnis der Erwerbsfähigen zu den Alten sei maßgeblich, sondern auch die Relation zu den Jungen (unter 20 Jahre), also der »Gesamtquotient«.⁸ Auf dieser Ebene stellt er eine wesentlich weniger dramatische Entwicklung fest und erklärt, »auch bei Eintreffen der Prognose des Statistischen Bundesamtes wächst die Zahl der zu Versorgenden bis 2050 nur um 12 Prozent gegenüber 1970!« Darin »versteckt« der Professor jedoch schlicht die Tatsache, dass 1970 das Verhältnis von Jungen zu Alten 60:40 war und sich bis 2050 zu 34:78 geradezu fundamental gewandelt haben dürfte. (Stand 2001: 38:44) Damit ändert sich an der Dramatik für eine umlagefinanzierte Rentenversicherung nichts – jedenfalls in der Sache nicht.

Dem Statistischen Bundesamt und der Politik wirft Bosbach ferner vor, gezielt einen »worst case« ausgewählt zu haben und zu propagieren. Er erklärt: »Wären die Berechnungen bis 2060 geführt worden, wären die heute geburtenstarken Jahrgänge der 30- bis 40-Jährigen – 2050 noch in nennenswerter Zahl Rentner – überwiegend verstorben. Das Zahlenverhältnis würde sich wieder zu Gunsten der Erwerbsfähigen verändern.«⁹ Der Zynismus dieser Aussage ist unübersehbar. Derartige Zahlenspiele beruhigen nicht nur an der falschen Stelle, sie stellen auch das Schicksal ganzer Generationen zur Disposition, weil sie Handlungs- und Reformbedarf im Interesse dieser Menschen negieren oder Illusionen wecken.

Der Horizont dieser taktisch zweckbestimmten Auseinandersetzungen wird durch die Dramatik im Osten Deutschlands jedoch gesprengt. Die massive Abwanderung hier ist nicht nur Ursache für einen regionalen Geburtenausfall – sie steht besonders zugespitzt dafür, dass der demographische Wandel nicht nur für die sozialen Sicherungssysteme dramatische Folgen hat, sondern auch für die Reproduktion und Akquise von Ressourcen insgesamt. Im Osten fehlen die Abgewanderten als qualifizierte, leistungsfähige Arbeitskräfte mit Perspektive, die wirtschaftliche Ansiedlung attraktiv machen könnten. Sie fehlen für die zahlenmäßige und qualitative Reproduktion der Bevölkerung. Märkte und Nachfrage-Strukturen verändern sich mit der Vergreisung der ostdeutschen Gesellschaft, mit der zunehmenden Abhängigkeit von Transfereinkommen und mit dem Fall des kulturellen Niveaus. Und der Bevölkerungsrückgang schlägt an-

6 Zit. nach: Bericht (der Landesregierung) zu den Auswirkungen der demographischen und wirtschaftsstrukturellen Veränderungen in Brandenburg. Stand: Februar 2004. Landtag Brandenburg, Drucksache 3/7088.

7 Gerd Bosbach: Demografische Entwicklung – kein Anlass zur Dramatik. o. O., o. J., S. 4.

8 Ebenda, S. 6.

9 Ebenda, S. 8.

gesichts der Berechnungsgrundlagen der föderalen und sonstigen Finanzausgleichssysteme negativ auf die Transferzahlungen an den Osten zurück.

Bevölkerungswachstum, Bevölkerungsentwicklung sind nur scheinbar abstrakte Größen. Letzten Endes stehen dahinter Lebensentscheidungen von Menschen – ob Paare ihren Kinderwunsch erfüllen oder nicht, ob sich Frauen entscheiden, ein Kind zur Welt zu bringen oder nicht. Diese Entscheidungen fallen stets unter bestimmten gesellschaftlichen Umständen – und diese Umstände sind (nicht ausschließlich, aber doch maßgeblich) politisch induziert. Damit sind sie politisch beeinflussbar.

Die Bundesregierung hat dies mit Maßnahmen wie der Erhöhung des Kindergeldes, der Einkommensgrenzen beim Erziehungsgeld, mit der Anpassung des Wohngeldes und der Erhöhung der individuellen Ausbildungsförderung versucht, jedoch keinen tatsächlichen Umbruch bewirkt. So muss sie einräumen: »Allein Lebende, allein Erziehende sowie Familien mit drei und mehr Kindern weisen ein signifikant höheres Ausgrenzungsrisiko und überdurchschnittliche Armutsquoten auf. Während die Armutsquoten von allein Lebenden bei rd. 15 Prozent verharren, geht die Armutsquote von allein Erziehenden von rd. 30 Prozent (1998) auf 26,5 Prozent (2001) zurück. Paare mit drei oder mehr Kindern sind deutlich stärker von relativer Einkommensarmut betroffen als Paare mit einem Kind oder zwei Kindern ... Die Armut in der Altersgruppe bis unter 16 Jahren liegt beinahe unverändert bei 13,6 Prozent (2001), bei Menschen über 65 Jahren bewegen sich die Armutsquoten etwas unterhalb der Quote für die Gesamtbevölkerung ...«¹⁰ Letzteres bestätigen nicht nur neueste Ergebnisse des Sozio-Ökonomischen Panels (SOEP) von DIW Berlin und Infratest Sozialforschung, sie zeigen zudem, dass von den alten Menschen »... die Mehrzahl finanziell sogar deutlich besser gestellt ist als Familien mit Kindern. Seit Mitte der 80er Jahre konnten die Alten insgesamt ihre Einkommensposition zudem nachhaltig verbessern.«¹¹

III.

Dass die deutsche Gesellschaft eine wenig kinderfreundliche und zu wenig zukunftsorientierte Gesellschaft ist, zeigt sich nicht nur im finanziellen Bereich, sondern auch und gerade daran, wie der Zugang zu scheinbar immateriellen Ressourcen geregelt ist. Stichwort: Bildung.

In einer Viadrina-Studie wurde mit Blick auf die westlichen Bundesländer festgestellt, »dass die absoluten Bildungsausgaben nur sehr geringfügig auf die Veränderung der Bevölkerungsgruppen im bildungsrelevanten Alter reagieren. Für einen Verteilungskonflikt ließ sich nur eine schwache Evidenz finden.«¹² Das dürfte im Osten im Prinzip ähnlich sein, wenn auch verschärft durch die Folgen der Abwanderung und die zusätzlichen Geburtenrückgänge seit der Wende. Das Problem besteht zunächst vielmehr darin, dass das Grundniveau insgesamt zu niedrig ist. Bereits 1997 lag Deutschland mit seinen öffentlichen Bildungsausgaben deutlich unter dem Durchschnitt der OECD-Länder und vor allem deutlich hinter den skandinavischen Ländern.¹³ Ein Problem lag auch in der Struktur der

10 Strategien zur Stärkung der sozialen Integration. Nationaler Aktionsplan für Deutschland zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2003-2005, S. 6.

11 Einkommen, Sparen und intrafamiliale Transfers von älteren Menschen. DIW-Wochenbericht Nr. 6/2004

12 <http://www.makro.euv-frankfurt-o.de/Bildung.pdf>.

13 Vgl.: <http://www.arge.schule-hamburg.de/Archiv/STIBildungsausgaben-Hamburg.html>; vgl. auch: Schmidt, Manfred G.: Ausgaben für Bildung im internationalen Vergleich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 21-22/2003) http://www.bpb.de/publikationen/CSELQR,0,0,Ausgaben_fProzentFCr_Bildung_im_internationalen_Vergleich.html#art0.

Bildungsausgaben selbst: »... von dem Geld kommt in den Klassenzimmern und Hörsälen nur wenig an. Das meiste Geld landet bei den Lehrern – je älter, desto teurer«, so das Fazit einer SPIEGEL-Analyse.¹⁴

Zudem gab es Ende der 90er Jahre innerhalb Deutschlands noch einmal deutliche regionale Differenzierungen, die auch der Tatsache geschuldet sind, dass hier Bildung Ländersache ist. Im Großen und Ganzen wurde deutlich, dass die ostdeutschen Länder weniger für Bildung aufwandten als die westdeutschen; in den Stadtstaaten wurde am meisten für Bildung ausgegeben – auch mehr als in den westdeutschen Flächenländern.¹⁵ Eine deutliche Korrelation zu den späteren PISA-Ergebnissen war allerdings nicht feststellbar.

Das Problem des deutschen Bildungswesens ist denn auch, so die Lehre aus PISA, vor allem ein strukturelles und ein inhaltliches: Es wird zu wenig in der Breite gefördert und zu früh ausgelesen. Es gibt eine ausgeprägte soziale Differenzierung im Bildungszugang, die gerade in den Bundesländern am härtesten ist, die die besten PISA-Ergebnisse – aber eben immer noch deutlich hinter den Spitzenreitern – vorweisen. Die inhaltlichen Schwächen zeigen sich vor allem in den relativ schlechten Leseleistungen, mathematischen Leistungen und naturwissenschaftlich-technischen Fähigkeiten.

Der aktuell dominierende Diskurs in Deutschland, der vor allem auf Eliten-Förderung orientiert, zielt also an den eigentlichen Herausforderungen – den strukturellen und inhaltlichen – vorbei. Denn hier müsste eine umfassende Bildungsreform ansetzen.

IV.

Alle Reformdebatten in Deutschland sind seit Jahren überlagert von der Auseinandersetzung um die Krise der öffentlichen Finanzen. In Deutschland stieg die Bundesschuld von Anfang der 80er Jahre bis Ende der 90er Jahre um rund 600 Prozent; schon 1997 überstieg die Gesamtsumme der öffentlichen Schulden deutlich die Grenze von 2 000 Milliarden DM. Fast jeder vierte Steuer-Euro wird inzwischen allein für Zinszahlungen ausgegeben. Zwölf Wochen im Jahr arbeiten Bürgerinnen und Bürger und Wirtschaft somit nur für Zinsen.

Und die Verschuldung wächst weiter und weiter. Nach ersten vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes waren die öffentlichen Haushalte (Bund und seine Sondervermögen, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Zweckverbände) zum Jahresende 2003 insgesamt mit 1 325,6 Milliarden € verschuldet. Gegenüber dem Vorjahr ist dies ein Anstieg um 72,4 Milliarden € oder 5,8 Prozent. Beim Bund und seinen Sondervermögen erhöhten sich die Schulden um 40,7 Milliarden € (+ 5,2 Prozent), bei den Ländern stiegen sie um 30,2 Milliarden € (+ 7,8 Prozent) und bei den Gemeinden/Gemeindeverbänden um 1,6 Milliarden € (+ 1,9 Prozent).¹⁶

Die Krise der öffentlichen Finanzen wird immer wieder verkürzt auf die Kosten des Sozialstaates zurückgeführt. Tatsächlich aber ist es so, dass in Deutschland die Gewinnsteuern und die »veranlagte« Einkommensteuer für das gesamte Steueraufkommen eine immer geringere Rolle spielen, während der Anteil der Lohnsteuern allein von 1992 bis 1997 um 20,7 Prozent stieg (bei gegenläufigem Trend der Löhne und Gehälter!) und nun erst recht der größte Einnahme-

14 <http://www.spiegel.de/unispiegel/geld/0,1518,219818,00.html>.

15 <http://www.arge.schule-hamburg.de/Archiv/STIBildungsausgaben.html>.

16 Neben den Kreditmarktschulden nahmen die öffentlichen Haushalte Kassenkredite zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsengpässe auf. Sie erreichten am 31. Dezember 2003 insgesamt 32,0 Milliarden € und übertrafen damit den Vorjahreswert um 32,9 Prozent. Die Kassenkredite der Gemeinden/Gemeindeverbände lagen zum Jahresende 2003 bei 15,9 Milliarden € (+ 5,2 Milliarden € oder fast 50 Prozent mehr als im Vorjahr). – Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes Nr. 86 vom 26. 2. 2004. <http://www.destatis.de>.

posten für den Fiskus ist. Auch die viel bemühte These vom Hochsteuerstandort Deutschland war schon vor Jahren – vor der rot-grünen Steuerreform, die die großen Unternehmen weiter entlastet – nicht zutreffend.

Es ist sachlich falsch, wenn die deutsche Bundesregierung bei der Haushaltssanierung die Korrektur der Einnahmesituation ausblendet und stattdessen ausschließlich auf die Reduzierung von Ausgaben und sogar auf eine weitere Entlastung der Unternehmen setzt. Nach Einschätzung der internationalen Fachwelt haben z. B. in den USA die 1996 unter dem Druck der Republikaner (!) von Clinton herbeigeführte Anhebung der Kapitalzuwachssteuer neben der Verringerung des Rüstungsetats, den niedrigen Zinsen, steigenden Realeinkommen im privaten Sektor und weiteren Faktoren dazu geführt, dass Washington 1998 erstmals seit fast 30 Jahren wieder einen Haushaltsüberschuss (70 Milliarden \$) verzeichnen konnte. (1999: 76 Milliarden \$) Diese Mittel wurden im Musterland des Kapitalismus und unter Führung des für die »Neue Sozialdemokratie« in Anspruch genommenen Bill Clinton keineswegs zur Begünstigung der Wirtschaft, sondern ausnahmslos für soziale Zwecke eingesetzt: größtenteils zur Rettung der konkursreifen staatlichen Pensionskassen sowie zur Verbesserung der Qualität der öffentlichen Schulen und zur Sanierung der gesetzlichen Krankenversicherung Medicare.

V.

Die Ereignisse vom 11. September 2001 sowie vom 11. März 2004 markieren Zäsuren in der Entwicklung der Weltgesellschaft und auch der Stellung Deutschlands in der Welt. Mit den Angriffen auf New York, Washington und Madrid haben Terroristen jetzt für die USA, für den Westen/den Norden einen Zustand hergestellt, dem sich viele Menschen in der Dritten Welt tagtäglich ausgesetzt sehen: als Hungernde, als Bewohner palästinensischer Flüchtlingslager etc. – dass ihr Leben nicht viel wert zu sein scheint. Die Menschen im Westen sind nicht mehr nur Adressat des terroristischen Appells, sondern zugleich Opfer der terroristischen Tat. Ins Visier werden dabei vor allem *zentrale zivile Elemente der westlichen Lebens- und Kommunikationsweise* genommen (Verkehrsmittel, Arbeitsplätze und deren exponierte Lage, Siedlungsdichte). Der Westen, die Bürgerinnen und Bürger hier, sind verwundbar wie seit langem nicht mehr. Und sie wissen, dass keine noch so starken Gesten ihrer Regierenden, kein Militär- und kein Polizeieinsatz, sie sicher gegen derartige Attacken schützen können. Verstärkt durch den globalisierungsbedingten Wettbewerbsdruck wird deutlich, dass sich der Westen jetzt in einer Phase befindet, die auch von Defensive und tatsächlichen Bedrohungselementen für ihn geprägt ist.

Die Terroristen des El-Qaida-Netzwerkes ebenso wie die Bush-Administration haben einen Krieg ausgerufen – El Qaida gegen die »Christen und Juden«, die USA unter Bush den »Krieg gegen den Terrorismus«, unter dessen Banner auch Kriege zur pro-amerikanischen Neuordnung ganzer Regionen wie der Irak-Krieg geführt werden. Doch sowohl der Afghanistan- als auch der Irak-Krieg (ebenso wie die jüngste Entwicklung im Kosovo) haben bestätigt, dass mit militärischen Mitteln die Konflikte der Welt von heute nicht gelöst

und die terroristische Gefahr nicht gebannt, sondern eher weiter forciert wird. Zugleich zeigen sowohl der Afghanistan- wie der Irak-Krieg, unter welchem massiven Druck Verbündete der USA wie Deutschland in solchen Situationen geraten und wie schwer das Primat der Politik zu behaupten und durchzusetzen ist. Der nach dem 11. September ins Gespräch gebrachte Marshallplan für den Süden wurde schnell wieder vergessen.

Das Verhalten Deutschlands, Frankreichs und anderer Länder zum Irak-Krieg macht aber zugleich deutlich, dass es nicht schicksalhaft dazu kommen muss, dass unter dem Banner des Kampfes gegen den Terrorismus die dominanten Staatenbündnisse die bewaffnete Verteidigung des Status quo und Eliminierung der letzten fremden Enklaven in ihrem Herrschaftsbereich unterwerfen und dass die Option einer globalen Kooperation zur Lösung der Weltprobleme nicht völlig ohne jede Basis ist.

Dazu kommen Anknüpfungspunkte für fortschrittliche Veränderungen, die die neue Weltsituation auch bietet: Globalisierung und die Kritik an der kapitalistischen Globalisierung sind nicht mehr nur ein exklusives Thema von intellektuellen Linken und Experten, sondern haben weltweit Bewegungscharakter angenommen. Globalisierung verlangt globale Politik *und* Regionalisierung. Der Fragmentierung ist zu begegnen, eine Weltinnenpolitik zu schaffen, der UNO eine neue Rolle zu geben – den USA und ihrer »Koalition der Willigen« ist es nicht gelungen, die UNO völlig auszuschalten.

Gleichwohl sind auch für Deutschland unter dem Banner des »Krieges gegen den Terrorismus« gravierende Veränderungen eingetreten. Der weltweite Einsatz der Bundeswehr wurde – über die neue NATO-Strategie hinaus – bindend; auch in der inneren Sicherheit breitet sich eine Tendenz zum Abbau von Freiheitsrechten aus. Aber auch dies ist nicht schicksalhaft, wie die Tatsache zeigt, dass die rot-rote Koalition in Berlin in der Lage war, auf dem Höhepunkt der Erregung über die Anschläge von Madrid im Frühjahr 2004 die Schleierfahndung abzuschaffen.

VI.

Demokratisch-sozialistische Politik muss sich der tatsächlichen Herausforderungen und gesellschaftlich zu verhandelnden Probleme bewusst sein – und der Verlockung widerstehen, populistisch draufzusatteln. Die Dimension der Fragen reicht über die aktuelle Empörung über die Belastungen, Einseitigkeiten und Fehlsteuerungen beim Einstieg in die notwendigen Umbauprozesse hinaus.

Welches Bild ergibt sich tatsächlich?

a) Eine Gesamtbetrachtung der wirtschaftlichen und sozialen Lage Deutschlands deutet darauf hin, dass wir noch weitgehend in der Tradition des »rheinischen Kapitalismus«, der sozialen Marktwirtschaft leben. Die Verhältnisse sind kapitalistisch, aber sie sind *noch* nicht vollständig aus dem Wohlfahrtskapitalismus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ausgebrochen. Gleichwohl hat dieser Umbruch begonnen. Kohl hat sich an die Dinge heran getastet, die Agenda 2010 war der erste spürbare Schritt auf tiefer greifende Umbrüche zu.

b) Hintergrund der Veränderungen sind eine Reihe von »Störungen« im vertrauten Gesellschaftsmodell:

1. Die Wirtschaft reagiert auf ihre strukturelle Krise und die Herausforderung durch den globalen Wettbewerb nicht in erster Linie durch Anpassung der durchaus anpassungsfähigen deutschen »Innovationsmaschine«, sondern durch Umbau nach angelsächsischem Vorbild und nach neoliberalen Mustern.

2. Die verfestigte hohe Massenarbeitslosigkeit, wobei verschiedene Ebenen zu unterscheiden sind: Kosten und Einnahmeausfälle infolge der Arbeitslosigkeit, die soziale Lage der Betroffenen (insbesondere der Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfänger), die Symbolwirkung der hohen Zahl als Signal der Bedrohung durch Jobverlust für die jetzigen Arbeitsplatzbesitzer.

3. Die verhaltene Entwicklung der Löhne und Gehälter geht mit der tendenziellen Abkopplung vom Bruttoinlandsprodukt einher – und damit auch mit einer Abkopplung der sozialen Sicherungssysteme vom BIP. Das ist *politisch* der wohl wichtige Punkt in einer Situation, in der man auf die Lohnentwicklung (mit Ausnahme des öffentlichen Dienstes) politisch wenig Einfluss ausüben kann. Aber die Reform der sozialen Sicherungssysteme ist eine politische Aufgabe – und die wiederum muss zielgerichtet angepackt und darf nicht auf bloße Ausgabenkürzungen reduziert werden.

4. Der demographische Wandel, der sich bereits vollzogen hat, und seine »demographischen Echos« werden die Reproduktion der Gesellschaft über zunächst einige Jahrzehnte nachhaltig stören und damit vor allem die umlagefinanzierten sozialen Sicherungssysteme, aber nicht nur sie, herausfordern.

5. Ostdeutschland ist nicht wirklich umfassend in die Bundesrepublik integriert – zwar in die Verfassungsordnung, und im Grundsatz in das politische, wirtschaftliche und soziale System, aber es ist im Wesentlichen eine Empfänger-, keine Geberregion. Der Osten kostet – und er ist das Menetekel des westdeutschen Modells, das sich als letztlich nicht vollständig erfolgreich übertragbar erwiesen hat. Nach der Konstituierung einer spezifischen ostdeutschen Teilsellschaft in den 90er Jahren vollzieht sich jetzt deren Ausdifferenzierung nach spezifischen sozialen Lagen. Konturen einer Neukonstituierung und damit ein spezifisches, verbindendes ostdeutsches Interesse sind (noch) nicht wieder erkennbar. Das Interesse *am* Osten reduziert sich auf die Begrenzung der Kosten

6. Das Bildungssystem – maßgeblich geprägt von einer Vermischung von Rudimenten traditioneller bürgerlicher Schule mit Strukturen und Inhalten der 68er Reformauffassungen – ist vor allem strukturell und inhaltlich nicht in der Lage, in der notwendigen Breite die Ressourcen für die beginnende Wissensgesellschaft zu mobilisieren und zu entwickeln.

7. Die Krise der öffentlichen Finanzen – im Spannungsfeld von galoppierender Verschuldung, Grenzwerten der Euro-Zone und der Tabuisierung von Einnahmeverbesserungen.

8. Der Übergang des Westens in eine begrenzte Defensiv- und Bedrohungsposition im Ergebnis des globalen Wettbewerbs und des neuen internationalen Terrorismus.

c) Die »Störungen« stehen nicht für sich, sondern sind auf vielfältige Weise miteinander verflochten. Sie sind für keine politische Kraft selektiv zu behandeln. Es handelt sich zudem um politisch

kaum steuerbare oder allenfalls nur bundes- (oder gar europa-) politisch beeinflussbare Entwicklungen.

Das System strebt danach, diese Störungen zu verarbeiten. Die Logik der bisherigen Entwicklung verweist darauf, dass die eigentlichen Härten wohl erst noch bevorstehen – darauf weisen sowohl die Forderungen von Unternehmensseite als auch die Entwicklung der politischen Positionen hin, die einerseits den Unternehmensforderungen folgen, andererseits auf einer einseitigen eigenen Logik beruhen und aus bestehenden Blockaden, Ziel- und Mittel-Konflikten nicht herauskommen.

Vieles ist dabei dennoch offen – das heißt: auch beeinflussbar.

Auch wenn der Ausbruch aus dem wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus noch nicht vollzogen erscheint und viel an Zumutung und Aufregung derzeit noch auf der Symbolebene stattfindet (nicht die am härtesten und auch perspektivisch am meisten Benachteiligten wehren sich, sondern vor allem jene protestieren, die in ihrem Anspruchsniveau betroffen sind, das sie sich selbst zuschreiben und das aus dem herkömmlichen gesellschaftlichen Konsens gefolgert wird), so setzen doch politische Orientierungsprozesse ein, zumal die Auseinandersetzungen durchaus ernste Rückwirkungen auf die politischen Kräfteverhältnisse und auf die Verfasstheit der Parteien und politischen Richtungen haben.

Vor diesem Hintergrund erlangt die aktuelle und künftige Entwicklung in der SPD Bedeutung – der Versuch, diesseits von Union und bisherigem Schröder-Kurs eine machterhaltende Antwort auf die beschriebenen Herausforderungen zu finden.

Zugleich ist spätestens seit der Wahlniederlage der PDS im September 2002 die Frage offen, ob es unter den aktuellen Bedingungen in Deutschland politisch einen Platz links der SPD gibt – und ob er von einer demokratischen oder eher einer populistischen Linkspartei gefüllt werden kann. Die PDS ist angesichts dessen einer harten und anhaltenden Zerreißprobe ausgesetzt – zumal ihr seit einigen Monaten der Platz links der SPD von eher populistisch orientierten Absprengelein der SPD streitig gemacht wird.

Populismus aber ist keine politisch verantwortliche Reaktion auf gesellschaftliche Herausforderungen. Populismus in der Politik ist der enge egoistische Versuch, schnellen Nutzen für die eigene Partei zu ziehen – um den Preis, letztlich mit der eigenen Partei und schlimmstenfalls mit der gesamten Gesellschaft in einer teuren, wenn nicht sogar blutigen Sackgasse zu enden.

Aus der Gesamtsituation ergibt sich für eine Partei wie die PDS vielmehr:

Gesellschaftliche Opposition, politischer Mit- und Umgestaltungsanspruch sowie demokratischer und sozialer Widerstand – das sollte als »strategisches Dreieck« sozialistischer Politik verankert werden. Dabei muss dieses strategische Dreieck stets eine Umbau- und Einmischungs-(Beteiligungs-)Option sein und darf sich nicht in der Attitüde bloßer, distanzierter Kritik oder im parteiegoistischen Zweckbündnis zur bloßen Verteidigung jedweder Besitzstände aus dem alten »rheinischen Kapitalismus« erschöpfen.

Alle drei Elemente des strategischen Dreiecks werden erst in dem Maße produktiv, wie sie sich in engem Zusammenhang auf die ak-

tuellen »Störungen« beziehen und in die Auseinandersetzungen um deren Bewältigung eingreifen. Dabei geht es mit einem solchen strategischen Dreieck nicht darum, »Arzt am Krankenbett des Kapitalismus« zu sein, sondern um die Einsicht, dass sowohl die kurzfristige Verbesserung oder auch nur Stabilisierung der Lebenslage der Menschen als auch der künftige demokratische Sozialismus in Deutschland nur auf dem Weg über die Beteiligung an der Bewältigung der aktuellen Störungen zu erreichen sind.

Die PDS in ihrer derzeitigen politischen Schwäche ist zwar mit all diesen »Störungen« und ihren Auswirkungen konfrontiert, hat aber – wenn überhaupt – nur auf Landesebene und in Kommunen die Möglichkeit, selbst Entscheidungen zu treffen oder eigene Konzepte umzusetzen. Von daher haben die Themen Bildung und Neuansatz Ost für die PDS eine besondere Bedeutung – allerdings können sie auch die nur entfalten, wenn der Gesamtkanon der »Störungen« bearbeitet wird.

Dabei geht es zunächst voraussichtlich um nicht mehr als um die Verankerung von demokratisch-sozialistischen Wertmaßstäben, Kriterien, konkreten Alternativen wie öffentliche vs. marktwirtschaftliche Regulierung (z. B. in der Bildung) im öffentlichen Bewusstsein sowie in bestimmten Bereichen politischen Entscheidens, wo dies möglich ist. Gleichwohl müssen und können aus der Intervention in die Bewältigung der »Störungen« sachliche Referenzen entstehen, auf deren Basis weitergehende strategische Optionen erschlossen werden können – gegenüber konkurrierenden Parteien, im Verhältnis zu Protest und Widerstand wie auch zu den Resignierten.

Aktuelles strategisches Ziel wäre dann: Konflikte und soziale Alternativen deutlich und politisch verhandelbar zu machen. Dies schliesse als einen ersten formellen Schritt den Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag 2006 ein – würde sich aber bei weitem nicht darin erschöpfen.